

jugendsozialarbeit aktuell

Nummer 101 / August 2011

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,**

man kann trefflich darüber streiten, ob es ihn bereits heute wirklich gibt: den Fachkräftemangel. Fakt ist jedoch, dass wir in den nächsten Jahren aufgrund der Verrentung geburtenstarker Nachkriegsjahrgänge bei seit Jahren niedriger Geburtenrate mit einem Mangel an Fachkräftenachwuchs zu rechnen haben. Vor allem der Bereich der betrieblichen Ausbildung nicht studienberechtigter junger Menschen wird davon besonders betroffen sein.

Dr. Joachim Gerd Ulrich (BIBB) weist in dieser Ausgabe von „jugendsozialarbeit aktuell“ darauf hin, dass gerade die Gruppe der jungen Menschen mit sozialen Benachteiligungen und fehlender Ausbildungsreife den Kern einer „stillen Reserve“ zur Linderung des Fachkräftenachwuchses bilden. Um diese „Reserve“ zu nutzen, bedarf es zukünftig einer intensiveren Begleitung und Betreuung – sowohl in der Aktivierung und Ausbildungsvorbereitung als auch in der Durchführung der Ausbildung selbst.

Inwieweit die Wirtschaft aber zukünftig dazu bereit ist, wieder verstärkt durch die Förderung benachteiligter junger Menschen auch ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen oder ob sie ihren Bedarf an Fachkräftenachwuchs lieber durch Akquise ausbildungsreifer junger Menschen aus dem europäischen Ausland decken will, bleibt abzuwarten. Im zweiten Fall würde das *Soziale* unserer Marktwirtschaft weiter an Bedeutung verlieren.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Entwicklung der Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher vor dem Hintergrund des prognostizierten Fachkräftemangels


Dr. Joachim Gerd Ulrich

Widersprüchliche Prognosen zum Fachkräftemangel

Droht Deutschland infolge der demografischen Entwicklung ein Fachkräftemangel? Die Nachrichten hierzu sind widersprüchlich. Weitgehend unstrittig ist, dass das Erwerbspersonenpotenzial in den nächsten Jahren schmilzt; das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht davon aus, dass es bereits bis 2025 um rund 3,6 Mio. sinken wird (Fuchs und Zika, 2010, 2). Zweifelhaft ist aber, ob daraus zwangsläufig ein Fachkräftemangel resultieren muss. Niggemeyer (2011, 22) bezeichnet die entsprechende Diskussion als „Phantomdebatte“. Er verweist auf das bislang nicht genutzte Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitslose und „stille Reserven“). Dies könne genutzt werden, um die Lücken füllen zu können, welche im Zuge der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge entstehen (vgl. auch Bundesagentur für Arbeit, 2011). Das daraus resultierende Kompensationspotenzial ist tatsächlich beträchtlich. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geht deshalb davon aus, dass ungeachtet der starken Verluste beim Erwerbspersonenpotenzial die Zahl der faktisch Erwerbstätigen im Jahr 2025 lediglich um 0,1 Mio. niedriger ausfallen wird als 2010 (Fuchs und Zika, 2010, 2).

Einbruch beim Fachkräftenachwuchs allerdings absehbar

Allerdings werden die Betriebe bei ihren Versuchen, ihren Fachkräftebedarf zu decken und Lücken zu schließen, verstärkt auf ältere Erwerbspersonen zurückgreifen müssen, die sie als bislang gering Qualifizierte höher qualifizieren oder aber als bisherige Fachkräfte durch Weiterbildung auf veränderte Aufga-



benstellungen vorbereiten müssen. Ihre Chancen, Lücken beim Personal durch junge Menschen zu schließen, werden dagegen deutlich sinken. Denn das Potenzial an Fachkräftenachwuchs schwindet nun von Jahr zu Jahr. Auf absehbare Zeit ist hier auch keine Trendwende mehr in Sicht.

Schon heute spürbare Effekte der demografischen Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt

Seit 2007 gehen die Schulabgängerzahlen in Deutschland bereits zurück, unterbrochen lediglich durch die Ausnahmeeffekte doppelter Abiturientenjahrgänge, die zwischen 2011 und 2013 in bevölkerungsreichen Bundesländern entlassen werden. Die Hauptklientel der dualen Berufsausbildung bilden aber die nicht studienberechtigten Schulabgänger, und ihre Zahl schwindet schon seit Mitte des letzten Jahrzehnts: Statt 714.800 Köpfe wie 2004 werden für 2020 nur noch 496.100 erwartet. (vgl. auch Maier und Ulrich, 2011, 72).

Die sinkenden Schulabgängerzahlen und das zurückgehende Nachfragepotenzial der letzten Jahre (siehe Tabelle 1) reichten schon aus, um einen Teil der Ausbildungsplatzanbieter vor Rekrutierungsprobleme zu stellen. Betroffen sind zum einen Betriebe aus Regionen, in denen die demografischen Veränderungen der letzten Jahre überdurchschnittlich stark ausfielen. Dies war vor allem auf den ostdeutschen Märkten der Fall: Standen z. B. Ende Juni 2006 hier noch 302 registrierte Ausbildungsstellenbewerber 100 betrieblichen Lehrstellen gegenüber, waren es im Juni 2011 gerade einmal noch 106 Bewerber. Der Grund für diesen Rückgang war der massive Einbruch der Geburtenrate nach der Wende. Zum anderen leiden jene Betriebe bereits heute unter den demografischen Veränderungen, die Ausbildungsplätze in Berufen mit einem weniger guten Image anbieten. Dazu zählen vor allem bestimmte Berufe im Handwerk und in der Gastronomie. Hier gab es bereits in jüngerer Zeit eine größere Anzahl an Plätzen, die nicht besetzt werden konnten (vgl. Eberhard, Scholz und Ulrich, 2009; Bundesinstitut für Berufsbildung, 2011, 24 ff.).

Die Unruhe in der Wirtschaft wächst

Die schwindenden Marktchancen eines Teils der Ausbildungsplatzanbieter in den letzten Jahren führten zur Beunruhigung innerhalb der Wirtschaftsverbände. Das Handwerk startete eine breit angelegte Imagekampagne (Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk, 2011), um die Bedeutung der Handwerksberufe für die Gesellschaft und auch ihr hohes fachliches Niveau zu unterstreichen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag verwies am 27.06.2011 in

einer Zwischenbilanz für das Vermittlungsjahr 2011 auch für seinen Bereich darauf hin, dass den Lehrstellen die Bewerber ausgingen. Der entscheidende Anlass für die wachsende Sorge der Wirtschaft dürfte jedoch vor allem aus dem Bewusstsein resultieren, dass mit der weiteren demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren die Möglichkeiten zur Rekrutierung von Fachkräftenachwuchs nur noch schlechter werden (Euler, 2010; Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011).

Vorsorge zur Linderung des Mangels

Die Wirtschaft drängt deshalb darauf, durch geeignete Schritte größere Vorsorge zur Linderung des im Kern nicht mehr zu verhindernden Mangels an Nachwuchsfachkräften zu leisten und verstärkt benachteiligte Jugendliche zu fördern, die unter früheren Bedingungen ohne Berufsabschluss geblieben wären. Die starke Stellung der Wirtschaft innerhalb des staatlich-korporatistischen Steuerungssystems der Berufsausbildung (vgl. auch Baethge, 2008) dürfte sich dabei durchaus positiv auf den Reformwillen zugunsten eines effizienteren Übergangs Schule – Berufsausbildung auswirken. Gute Realisierungschancen haben, wenn nicht schon eingeleitet, eine Stärkung und „Dualisierung“ der Berufsorientierung in den Schulen unter Einbeziehung der lokalen Wirtschaft, eine individuelle Begleitung für benachteiligte Jugendliche und der Ausbau von regionalen Koordinierungsstellen zur Steuerung des lokalen Übergangsmanagements. Der BIBB-Hauptausschuss verabschiedete am 20.06.2011 entsprechende Leitlinien. All diese Reformen können den Jugendlichen helfen, wie erste Erfahrungen zeigen (vgl. z. B. Braun und Reißig, 2011; Schütte und Schlausch, 2011). Sie helfen aber auch – und dies darf nicht übersehen werden – der Wirtschaft, ihre eigenen Ausbildungsangebote in eine gute Wettbewerbsposition mit sonstigen Ausbildungsanbietern (z. B. den teilqualifizierenden beruflichen Schulen) zu hieven, welche durch sinkende Zugangszahlen in den kommenden Jahren ebenfalls unter Handlungsdruck zu geraten drohen.

Welche Reformvorschläge haben eine Chance?

Die Forderungen einiger kritischer Beobachter und Reformbündnisse wie der „Weinheimer Initiative“ und der Initiative „Übergänge mit System“ der Bertelsmann Stiftung gehen jedoch noch weiter. Sie beinhalten neben einer Straffung des Übergangssystems den Vorschlag, erfolglose „ausbildungsreife“ Bewerber als sogenannte „Marktbenachteiligte“ nicht mehr in das „Übergangssystem“ zu lenken, sondern ihnen konsequent außerbetriebliche Ausbildungsplätze an-

zubieten (vgl. Weinheimer Initiative, 2007; Kretschmer, 2010; Euler und Severing, 2011). Die meisten Berufsbildungsfachleute halten allerdings die bundesweite Realisierung einer solchen Reform für unwahrscheinlich. Dies ergab eine im Herbst 2010 durchgeführte Befragung (BIBB-Expertenmonitor). Dabei mag eine Rolle spielen, dass Hoffnung auf eine zwangsläufige Verbesserung der Ausbildungschancen (als Folge der demografischen Entwicklung) die bildungspolitische Risikobereitschaft zugunsten eines solchen größeren systemischen Eingriffs dämpfen dürfte – zumal die Nebenfolgen kaum mit letzter Sicherheit vorhersehbar sind und die

derung der Bildungsgänge an die betriebliche Praxis und eine konsequentere Orientierung der Bildungsgänge hin zum Erwerb eines ersten oder eines höheren Schulabschlusses –, doch könne auch eine verbesserte Vorbereitung und Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen nicht verhindern, dass weiterhin eine größere Zahl an Jugendlichen die Schulzeit beendet, die infolge fehlender Ausbildungsreife und sozialer Benachteiligungen einer spezifischen Förderung bedürfen.

Diese Gruppe von Jugendlichen ist insofern besonders interessant, als dass gerade sie den großen Kern der „stillen Reserve“ ausmacht, die

Tabelle: Quantitative Entwicklungen in den für berufliche Bildung relevanten Sektoren 2006 bis 2020

	Nachfragepotenziale nach dualer Ausbildung		Ausbildungsangebote im dualen System		Institutionell erfasste ausbildungsinteressierte Jugendliche ¹⁾				Anfänger im Bereich „Integration“ („Übergangssystem“) ⁶⁾
	aus dem Kreis der Schulabgänger/-absolventen ²⁾	registrierte Altbewerber aus früheren Schulentlassjahren ²⁾	insgesamt	darunter: betrieblich ⁴⁾	insgesamt	darunter: mit Abschluss eines Lehrvertrages		am 30.09. noch suchende Bewerber ⁵⁾	
						absolut	in %		
	Sp.1	Sp.2	Sp.3	Sp.4	Sp.5	Sp.6	Sp.7	Sp.8	Sp.9
Bund									
2006	■	385.248	591.554	537.663	973.647	576.153	59,2	■	412.083
2007	885.968	384.878	644.244	584.378	1.038.663	625.885	60,3	130.878	390.552
2008	854.836	320.393	635.849	579.071	954.351	616.342	64,6	96.325	362.058
2009	815.821	256.174	581.562	535.761	864.066	564.307	65,3	92.790	348.235
2010	787.649	256.007	579.678	538.635	844.452	560.073	66,3	84.597	323.687
2011	791.959								
2012	782.460								
...									
2019	599.736								
2020	582.658								

1) Rechnerische Zahl der Personen, die entweder einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen oder aber zumindest bei den Beratungs- und Vermittlungsdiensten als Ausbildungsstellenbewerber registriert waren. Daten für 2005 bis 2008 ohne Bewerber, die bei zugelassenen kommunalen Trägern (zkt) gemeldet waren.

2) Schätzungen der Zahl der Personen, die (u. a.) an einer Berufsausbildung interessiert sind (vgl. Maier und Ulrich, 2011, 76). Da die betreffenden Personen auch andere Bildungsgänge in ihre Überlegungen als Alternativen einbeziehen, kann stets nur ein Teil aus dem Reservoir des Nachfragepotenzials für eine Berufsausbildung gewonnen werden.

3) Vorjahresvergleiche z. T. wegen geänderter Datenerfassung eingeschränkt.

4) Bis einschließlich 2008 Schätzungen.

5) Registrierte Bewerber, für die die Vermittlungsbemühungen auch am 30.09. weiterlaufen. Für 2006 fehlende Angaben.

6) Vorläufige Daten für 2010.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Berufsbildung, eigene Berechnungen

Reform auch noch gegen den Widerstand der Wirtschaft durchzusetzen wäre (vgl. Gei, Krewerth und Ulrich, 2011).

Ungeachtet der jetzt bereits zu beobachtbaren Schrumpfungprozesse waren sich die im Expertenmonitor versammelten Berufsbildungsfachleute weitgehend einig, dass auch in Zukunft ein „Übergangssystem“ bzw. „Integrationsbereich“ unverzichtbar sein dürfte (Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung, 2011, 18). Zwar gebe es in diesem System dringenden Reformbedarf – etwa in Hinblick auf eine Rückführung der gegenwärtig zahlenreichen Programme auf wenige Grundtypen von Bildungsgängen, eine stärkere Anbin-

derung der Bildungsgänge an die betriebliche Praxis und eine konsequentere Orientierung der Bildungsgänge hin zum Erwerb eines ersten oder eines höheren Schulabschlusses –, doch könne auch eine verbesserte Vorbereitung und Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen nicht verhindern, dass weiterhin eine größere Zahl an Jugendlichen die Schulzeit beendet, die infolge fehlender Ausbildungsreife und sozialer Benachteiligungen einer spezifischen Förderung bedürfen.

Diese Gruppe von Jugendlichen ist insofern besonders interessant, als dass gerade sie den großen Kern der „stillen Reserve“ ausmacht, die zur Linderung des künftigen Mangels an Nachwuchsfachkräften zur Verfügung stehen. Da somit ihr latenter „Marktwert“ in den kommenden Jahren steigen dürfte, sollte auch die Bereitschaft zunehmen, in diese Gruppe noch stärker als bislang zu investieren und über eine intensivierte Förderung einen größeren Teil als bislang zu einem Berufsabschluss zu führen. Der „Bedarf“ an Betreuung und Unterstützung dieser Jugendlichen wird also eher noch zunehmen, zum einen im Vorfeld der Aktivierung und Ausbildungsvorbereitung dieser Jugendlichen durch Bildungsträger und zum anderen im Zuge der Ausbildungsdurchführung: sei es, dass

diese Jugendlichen ausbildungsbegleitende Betreuung und Unterstützung erhalten (möglichst durch die ihnen bereits bekannten Bezugspersonen) oder dass sie in außerbetrieblicher Form zu einem Berufsabschluss gebracht werden. Zu erwarten ist auch hier, dass die Bereitschaft der Wirtschaft, sich auf Kooperationsmodelle mit Bildungsträgern einzulassen und sich auf neue Wege zu begeben, um ihren Nachwuchs zu sichern, eher zunehmen als nachlassen wird. Not machte zu allen Zeiten besonders erfinderisch und beförderte stets die Bereitschaft zu unkonventionellen Lösungsversuchen.

Allerdings dürfte, wenn die „Ressource Jugendliche“ knapp wird, mit der intensivierten Begleitung dieser Jugendlichen auch die soziale Kontrolle über sie wachsen, verbunden mit wachsenden Sanktionsandrohungen, falls Angebote nicht angenommen werden (Ulrich, 2010, 14; Königeter und Zeller, 2011, 7 f.; Walgenbach, 2011, 82). Um zu vermeiden, dass „Begleitung“ aus Sicht der Jugendlichen primär „Überwachung“ bedeutet, ist die Balance zwischen Begleitung, Beratung und Unterstützung einerseits sowie Eigenständigkeit und Selbstverantwortung andererseits stets neu auszuloten (vgl. dazu auch Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative, 2011, 3).

Dr. Joachim Gerd Ulrich ist Wissenschaftlicher Direktor im Arbeitsbereich 2.1 Bildungsangebot und -nachfrage, Bildungsbeteiligung beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Literatur

Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative (2011): "Hoyerswerdaer Erklärung" – Lehrstück Übergang. Hoyerswerda.

Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung (2011): Reform des Übergangs von der Schule in die Berufsausbildung. Aktuelle Vorschläge im Urteil von Berufsbildungsexperten und Jugendlichen (Wissenschaftliche Diskussionspapiere, Nr. 122). Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.

Baethge, Martin (2008): Das berufliche Bildungswesen in Deutschland am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Cortina, Kai S.; Baumert, Jürgen; Leschinsky, Achim; Mayer, Karl Ulrich; Trommer, Luitgard (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. (S. 541–597). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Braun, Frank; Reißig, Birgit (2011): Regionales Übergangsmanagement Schule – Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren. München, Halle: Verlag Deutsches Jugendinstitut.

Bundesagentur für Arbeit (2011): Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2011): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bielefeld: W. Bertelsmann.

Eberhard, Verena; Scholz, Selina; Ulrich, Joachim Gerd (2009): Image als Berufswahlkriterium. Bedeutung für Berufe mit Nachwuchsmangel. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 38 (3). S. 9–13.

Euler, Dieter (2010): Einfluss der demografischen Entwicklung auf das Übergangssystem und den Berufsausbildungsmarkt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Euler, Dieter; Severing, Eckart (2011): Rahmenkonzept der Initiative "Übergänge mit System". Handlungsfelder und Pra-

xisbeispiele für den gemeinsamen Reformprozess. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Übergänge mit System. Rahmenkonzept für eine Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf. (S. 23–73). Gütersloh: Bertelsmann.

Fuchs, Johann; Zika, Gerd (2010): Arbeitsmarktbilanz bis 2025. Demografie gibt die Richtung vor IAB-Kurzbericht, 12/2010

Gei, Julia; Krewerth, Andreas; Ulrich, Joachim Gerd (2011): Reformvorschläge zum Übergang Schule – Berufsausbildung nur bedingt konsensfähig. Ergebnisse einer Expertenbefragung. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 40 (2). S. 9–13.

Königeter, Stefan; Zeller, Maren (2011): Lost in Transition – Jugendliche und junge Erwachsene mit biographischen Krisen im Übergang. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 6 (1). S. 5–16.

Kretschmer, Susanne (2010): Thesen für eine effizientere Gestaltung des Übergangssystems "Schule – Beruf" In: Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (Hrsg.): Übergänge – gezielt und abgestimmt! Dokumentation der Jahrestagung der BAG ÖRT am 02.11.2010. (S. 26–29). Berlin: BAG ÖRT.

Maier, Tobias; Trotsch, Klaus; Walden, Günter (2011): Längerfristige Entwicklung der dualen Ausbildung. Projektion der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bis zum Jahr 2020. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, 40 (3). S. 6–8.

Niggemeyer, Lars (2011): Die Propaganda vom Fachkräftemangel. Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2011. S. 19–22.

Schütte, Marc; Schlausch, Reiner (2011): Ausbildungslotse – ein akteursbezogener Ansatz zur Förderung von Handlungsorientierung bei der Gestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf. In: Markowitsch, Jörg; Gruber, Elke; Lassnigg, Lorenz; Moser, Daniela (Hrsg.): Turbulenzen auf Arbeitsmärkten und im Bildungssystem. (S. 348–365). Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2011): Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern (Demografischer Wandel in Deutschland, Heft 1). Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Ulrich, Joachim Gerd (2010): Entwicklung der künftigen Rahmenbedingungen des Übergangsgeschehens. In: Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (Hrsg.): Übergänge – gezielt und abgestimmt! Dokumentation der Jahrestagung der BAG ÖRT am 02.11.2010. (S. 8–15). Berlin: BAG ÖRT.

Walgenbach, Katharina (2011): Jugend und demographischer Wandel – Sozialisationsrelevante Prozesse und Prognosen. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 6 (1). S. 76–87.

Weinheimer Initiative (2007): Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Eine öffentliche Erklärung. Weinheim.

Zentralstelle für die Weiterbildung im Handwerk (2011): Lehrlinge herzlich willkommen! Imagekampagne des deutschen Handwerks setzt auf Zielgruppe Jugendliche. ZWH aktuell (2). S. 1.

IMPRESSUM:

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Ebertplatz 1
50668 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print) ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet) ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers

REDAKTION: Franziska Schulz

DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln